

Erklärung des Landesfachbereichsvorstands Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin-Brandenburg zur aktuellen Situation in der Türkei

Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei im Bezug auf die Freiheit der Wissenschaft, Bildung und auch die freie gewerkschaftliche Betätigung bereitet uns zunehmend Sorge. In der vergangenen Woche wurde nicht nur die Schließung von 1000 Schulen und 15 Universitäten auf den Weg gebracht, sondern auch zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Auslandsaufenthalte untersagt. Solche, die sich bereits zu Forschungszwecken im Ausland aufhalten, werden zurückbeordert. Schließlich sollen auch 19 Gewerkschaften verboten werden.

Anders, als es die türkische Regierung immer wieder anführt, sind diese Maßnahmen aus unserer Sicht keinesfalls geeignet, die Demokratie zu schützen. Im Gegenteil: Freie Bildung und Wissenschaft ebenso wie die Möglichkeit der Beschäftigten, sich zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen zu organisieren, sind Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. All dies musste von Demokrat_innen über Jahrzehnte erkämpft werden, auch in der Türkei. Diese Prinzipien vor dem Hintergrund eines Putschversuches umfassend einzuschränken, mehrt daher den Schaden, den die türkische Demokratie bereits genommen hat.

Wir schließen uns deshalb der Forderung des ver.di-Bundesvorstandes nach Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten in der Türkei an und erklären uns solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen, die als Beschäftigte in Schulen und Hochschulen, Schülerinnen und Schüler, Studierende und allgemein als Gewerkschaftsmitglieder von diesen maßlosen Eingriffen betroffen sind. Die EU und die deutsche Regierung sind gefordert, sich mit aller Deutlichkeit für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei einzusetzen.

Zur Presseerklärung der ver.di-Bundesverwaltung:

<https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++45945166-4d89-11e6-a7ad-525400b665de>

